

# Resolution der LV Brandenburg

Seit 1998 ist in unserem Lande zu beobachten, dass die politischen Anhänger von sozialistischen – quasi staatlichen Gesundheitssysteme an der Realisierung ihres Traumes arbeiten. Unter den Ministern Seehofer und Schmidt werden Grundsätze einer sozialen Marktwirtschaft konterkariert und an der Umsetzung einer Einheitsversorgung für Alle gearbeitet. Sie haben erkannt, dass die Modelle der sozialen Umverteilung nur durch immer mehr soziale Transferleistungen aufrecht zu erhalten sind. Und sie sind zum Handeln gezwungen, da sich aus einer immer mehr dramatischer werdenden finanziellen Notlage heraus, der Wohlfahrtsstaat verabschiedet. Hier besteht Handlungsbedarf aus der Sicht des Staates, weil die primäre Verantwortung für die Gesundheit seiner Bürger ihm obliegt. Die Auswirkungen spüren wir in einer immer stärkeren Diktation des Staates bei der Patientenbetreuung. Vorschriften, Notwendigkeiten und wirtschaftliche Umfänge bestimmt der Staat. Zur Durchsetzung und Kontrolle hat er sich das Instrument der Staats-KZV'en geschaffen. Damit ist demokratische Mitbestimmung durch die Zahnärzte unmöglich geworden.

Umso logischer war der Antrag 14neu der Bremer Hauptversammlung zu sehen, sich konsequent dieser Form der Unterdrückung der Freiberuflichkeit zu widersetzen. Und umso bedenklicher ist die politische Entwicklung im Freien Verband nach Bremen zu werten und gerade auch die Handlung derjenigen, die diesen Antrag damals eingebracht haben. Aber deshalb ist er noch lange nicht falsch.

Hinsichtlich der o.g. Bestrebungen ist zu befürchten, dass eine Ausgliederung der Zahnheilkunde aus der GKV von „oben“ zu einem weiteren Verlust der Freiberuflichkeit – ja wenn nicht sogar dem totalen Verlust – führen wird. Da der Anteil der Zahnmedizin in der GKV sehr gering ist, ist er für die Politik ein ideales Spielfeld einer umfassenden Sozialisierung. Für die Freiberuflichkeit und die Wirtschaftlichkeit jedes einzelnen Zahnarztes aber verheerend.

Der Freie Verband hat nach Auffassung des Landesverbandes Brandenburg in den vergangenen Jahren diese deutliche Sichtweise verloren. Das zeigt sich in der gegenwärtigen Diskussion um die Wiedereinkehr in die KZV'en, die Folgen, die sich mit dem Ausschluss von bayrischen Kollegen aus dem Verband, die eine freiheitliche Zahnheilkunde leben und dafür kämpfen und andererseits loyal mit Kollegen im Verband verfahren wird, die die Satzung sowie die Bremer Beschlüsse ignorieren und der Idee der Freiberuflichkeit großen Schaden zufügen.

Wir rufen die bevorstehende HV, den BV als auch die einzelnen LV auf, ihr Handeln, ihre Innen- und Außendarstellung an dem Grad der stetigen Erhöhung der Freiberuflichkeit zu messen. Erkennen wir wieder, dass Eigenverantwortung des Patienten vor Solidarität steht und dass Körperschaften gegenwärtig die Freiberuflichkeit behindern. Konzentrieren wir unser Handeln in diesem Sinne auf Konzepte, die uns helfen, dieses System der Unterdrückung zu überwinden.

**Landesversammlung des Landesverbandes Brandenburg des Freien Verbandes  
Deutscher Zahnärzte am 30.08.2008 in Sandkrug**

**Antrag**

**Der Landesvorstand:**

**Freiberuflichkeit und Zwangskörperschaften sind und bleiben unvereinbare Gegensätze. Der Landesverband ist aufgerufen, sich politisch dafür einzusetzen, der Freiberuflichkeit durch Überwindung des herrschenden Systems der Zwangskörperschaften wieder den Stellenwert zu geben, der ihm nach unserer Satzung gebührt.**

Für alle Kollegen, die ihre ethischen Pflichten ernst nehmen, wird der tägliche Spagat in ihrer Arbeit zwischen freiberuflichem Anspruch und politisch gewollter Gängelung durch das körperschaftliche System immer unerträglicher. Nur in einem von Zwangskörperschaften befreiten Gesundheitswesen können die in unserer Satzung formulierten Ziele Wirklichkeit werden.

**Landesversammlung des Landesverbandes Brandenburg des Freien Verbandes  
Deutscher Zahnärzte am 30.08.2008 in Sandkrug**

**Antrag**

**Der Landesvorstand:**

**Die Landesversammlung fordert seine Delegierten zur Hauptversammlung, sich dort uneingeschränkt für Freiberuflichkeit, Liberalität und Körperschaftsferne einzusetzen. Anträge, die auf eine Revision dieser standespolitischen Ziele und auf ein Zurück in die KZV'en zielen, sind abzulehnen.**

Mit Sorge beobachtet der Landesvorstand die u.a. im Zusammenhang mit der vom Bundesvorstand initiierten Diskussion um die „Bremer Beschlüsse“ zu erkennenden Tendenzen einer Annäherung an die KZV'en mit dem Ziel, hauptamtliche Körperschaftsfunktionen einzunehmen. Damit verbunden wäre eine teilweise Nichtbeachtung gültiger Beschlüsse früherer Hauptversammlungen. Wenn wir unsere Satzung ernst nehmen, müssen wir diesen Tendenzen entgegenwirken.

**Landesversammlung des Landesverbandes Brandenburg des Freien Verbandes  
Deutscher Zahnärzte am 30.08.2008 in Sandkrug**

**Antrag**

**Der Landesvorstand:**

**Die Mitglieder des Landesvorstandes verpflichten sich, auch in  
Zukunft keine Ämter irgendwelcher Art in der KdöR  
„Kassenzahnärztliche Vereinigung des Landes Brandenburg“  
anzunehmen und für Mandate zu kandidieren.**

Die KZVLB hat sich in ihrer kurzen Geschichte als ein besonderer Hort der politischen Gängelung erwiesen. Mit teilweise vorauseilendem Gehorsam werden alle gegen die freiberuflich tätigen Zahnärzte gerichteten staatlichen Zwangsmaßnahmen umgesetzt. Offenes standespolitisches Ziel der Funktionäre dieser Vereinigung ist die Bekämpfung des Freien Verbandes um jeden Preis. Eine Mitarbeit in diesen Gremien ist einerseits standespolitisch kontraproduktiv, andererseits schadet sie massiv unserer Glaubwürdigkeit.

**Landesversammlung des Landesverbandes Brandenburg des Freien Verbandes  
Deutscher Zahnärzte am 30.08.2008 in Sandkrug**

**Antrag**

**Der Landesvorstand:**

**Die Landesversammlung bedauert den Ausschluss von Mitgliedern des Bayerischen Landesverbandes aus dem Freien Verband und fordert den Bundesvorstand auf, diese zurückzunehmen.**

Der alte bayerische Landesvorstand hat u.E. eine den Zielen des Freien Verbandes entsprechende Politik betrieben. Eine Minderheit im Landesverband versuchte, Mehrheitsbeschlüsse zu unterlaufen mit dem Ziel, den Landesverband wieder auf „KZV-Kurs“ zu bringen. Dabei wurde teilweise der Freie Verband beschädigt. Allerdings versäumte der Bundesvorstand, den gewählten Vorstand satzungsgemäß zu unterstützen. Im Gegenteil, diese innerbayerischen Minderheit wurde unterstützt und nach dem Ausschluss der gewählten Mitglieder des bayerischen Landesverbandes in die Vorstandsposten gehievt. Ziel des neuen Vorstandes dürfte es sein, hauptamtliche Vorstandsposten in der KZVB in Zukunft zu besetzen.

**Landesversammlung des Landesverbandes Brandenburg des Freien Verbandes  
Deutscher Zahnärzte am 30.08.2008 in Sandkrug**

**Antrag**

**Dr. Matthias Müller, MSc.**

**Ich fordere den LV Brandenburg des FVDZ auf, seine Aktivitäten auf die Kernfrage der in der Satzung eindeutig als Hauptaufgabe formulierten Gestaltung einer echten Zweierbeziehung Zahnarzt – Patient ohne den Einfluss Dritter zu konzentrieren. Die Bestrebungen, Freiverbändler wieder als Aktivisten in den Staats-KZV'en zu fordern, widerspricht der Satzung und ist mit den Ideen des FV unvereinbar. Diese KZV'en sind keine demokratischen Plattformen mehr.**

**Begründung:**

Der Freie Verband ist gefordert, den Tendenzen der eigenverantwortlichen Spezialisierung der Zahnärzteschaft wohlwollend gegenüberzustehen mit dem Ziel, die hohe Qualität der zahnärztlichen Betreuung unserer Patienten in Deutschland aufrecht zu erhalten. Der Institutionalisierung der Spezialisierung ist entgegen zu wirken.